

Rede von Herrn Landrat Frithjof Kühn zur Einbringung des Haushaltsplanes 2000 am 21.10.1999 in der Sitzung des Kreistages

Es gilt das gesprochene Wort!

HAUSHALTSREDE

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kreistagsabgeordneten,

dem guten Brauch folgend, lege ich Ihnen in der Oktober-Sitzung des Kreistages den Haushaltsplanentwurf unseres Kreises für das Jahr 2000 vor, damit wir diesen pünktlich vor Beginn des neuen Haushaltsjahres, also im Dezember, verabschieden können. Damit schaffen wir Planungssicherheit für unsere Städte und Gemeinden und geben dem vielfältigen und umfangreichen gesetzlichen Dienstleistungsauftrag des Kreises den notwendigen finanziellen Handlungsrahmen!

Ich werde, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sei vorweg gesagt, die solide Finanzpolitik des Kreises der letzten 10 Jahre konsequent fortsetzen, und ich werde als Landrat darauf achten, dass der Kreis seinen gesetzlichen Auftrag als Gemeindeverband mit seinen überörtlichen Aufgaben und mit der durch die Rechtsprechung eindeutig bestätigten Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion in den kommenden fünf Jahren wahrnimmt und erfüllt.

Das bereinigte Gesamtvolumen des Haushalts 2000 steigt gegenüber dem Vorjahr um 31 Mio DM auf fast 700 Mio DM. Die Gründe hierfür sind folgende:

Den Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt von über 20 Mio DM aus höheren Schlüsselzuweisungen und höherem Kreisumlageaufkommen stehen 11 Mio DM höhere Landschaftsumlage sowie steigende Personalausgaben und höhere Aufwendungen zur Unterhaltung für unsere Gebäude, insbesondere der Schulen, gegenüber.

Die Abweichung im Vermögenshaushalt resultiert aus dem Einsatz der restlichen 10 Mio DM aus dem Ausgleichsbetrag, den der Kreis im vorigen Jahr aus der Umwandlung der RWE-Namensaktien erhalten hat. Dieser Betrag – so der Vorschlag des Kreiskämmerers – sollte bereits im kommenden Jahr zur vorzeitigen Darlehenstilgung und damit zum weiteren vorzeitigen Schuldenabbau eingesetzt werden.

Diese Eckdaten, meine Damen und Herren, ermöglichen es, den Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage von 35,44 % auf 34,44 % der vorläufigen Umlagegrundlagen im Jahr 2000 zu senken.

Zieht man Bilanz für die Jahre 1999 und 2000, wird deutlich, dass durch die Umlagensenkung von insgesamt 3 %-Punkten die Städte und Gemeinden um mehr als 26 Mio DM im Jahr entlastet werden.

Noch eine Zahl, die unsere Verantwortung für die Solidargemeinschaft Kreis, Städte und Gemeinden verdeutlicht:

Unseren Städten und Gemeinden sind im Rahmen des Finanzausgleichs in den beiden genannten Jahren Mehreinnahmen von fast 85 Mio DM zugeflossen. Hiervon sind 95 % in den städtischen und gemeindlichen Haushalten verblieben und haben dort zu einer deutlichen Konsolidierung beigetragen.

Fast 11 Mio DM mehr als im Vorjahr werden bei unverändertem Hebesatz an den Landschaftsverband fließen. Damit werden wir das trotz Senkung des Kreisumlagesatzes zu verzeichnende Mehraufkommen aus der allgemeinen Kreisumlage sofort an den Landschaftsverband weiterleiten müssen. Mehr noch, wir werden noch weitere 2 Mio DM dazulegen müssen, um die auf ein Rekordniveau steigende Umlage von fast 171 Mio DM finanzieren zu können.

Damit gehen mit 55 % mehr als die Hälfte des gesamten allgemeinen Kreisumlageaufkommens an den Landschaftsverband.

Der Landschaftsverband Rheinland wird seinen Haushalt erst Anfang nächsten Jahres einbringen und verabschieden. Er wird dabei voraussichtlich Mehraufwendungen zur Erfüllung seiner Aufgaben im Sozialbereich haben. Er wird aber auch von erheblich breiteren Bemessungsgrundlagen für seine Umlage ausgehen können. Über 1 Milliarde höhere Umlagegrundlagen sollten Grund genug sein, die Höhe des Umlagesatzes zu prüfen und eine Senkung in Erwägung zu ziehen.

Wie schon in 1998 zeichnet sich im Bereich der Sozialhilfe auch für das laufende Jahr eine durchaus stabilisierende Entwicklung ab.

Die Ausgaben für die ca. 16.500 ganz oder teilweise auf Sozialhilfeleistungen angewiesenen Bürgerinnen und Bürger können wiederum insgesamt unter Vorjahresniveau veranschlagt werden. Maßgebend hierfür sind in erster Linie die überaus positiven Auswirkungen des partnerschaftlichen Modells zur Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Kosten der Sozialhilfe. Dieses Modell hat zweierlei bewirkt:

Es hat zum einen dazu geführt, dass die Arbeit der Sozialämter der Städte und Gemeinden erheblich aufgewertet und qualifiziert worden ist, sowohl im Bereich der Ausgaben als auch ganz besonders im Bereich der Einnahmen.

Zum anderen sind in Zusammenarbeit mit dem Kreissozialamt in den Städten und Gemeinden vielfältige Initiativen entstanden, die den Personenkreis der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger wieder in Arbeit gebracht und von Sozialhilfe unabhängig gemacht haben. Die Fortsetzung dieses Modells bis zum Jahre 2001 haben wir bereits mit allen Städten und Gemeinden vereinbart.

Immerhin 370 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger konnten durch „Maatwerk“ in eine Arbeitsstelle vermittelt werden. Die Planungen für ein entsprechendes Nachfolgeprojekt sind in vollem Gange. Wir werden den Sozialausschuss in seiner ersten Sitzung mit entsprechenden Vorschlägen befassen!

Als besonderes Problem bei der Wiedereingliederung von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt hat sich zudem die fehlende Kinderbetreuung herausgestellt. Deshalb schlage ich ihnen vor, die Mittel hierfür aufzustocken. Ich bin mir sicher, es ist gut angelegtes Geld.

Mit Sorge, meine Damen und Herren, verfolge ich die Aktivitäten zum sogenannten „Sparpaket“ des Bundes. Die kommunale Ebene muss sich vorkommen wie ein Lastesel, dem

die Hauptlast der Konsolidierung des Bundeshaushaltes im Endeffekt aufgebürdet werden soll.

Dies gilt insbesondere für die Positionen

Wohngeld für Sozialhilfeempfänger sowie
Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe.

Für Haushaltsrisiken, die sich aus Lastenverschiebungen zwischen den öffentlichen Haushalten im Rahmen des „Sparpaketes“ des Bundes ergeben könnten, ist im Kreishaushalt 2000 im Grunde kein Finanzpolster vorhanden. Das finanzwirtschaftlich größte Risiko für den Rhein-Sieg-Kreis sind dabei die Wohngeldzahlungen an Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger. Zieht der Bund sich aus der Mitfinanzierung des pauschalierten Wohngeldes zurück, und verlagern die Länder diesen Teil der Kosten auf die Kreise, entstehen dem Rhein-Sieg-Kreis nicht veranschlagte Ausgaben von 10 Mio DM jährlich.

Das saldierte Volumen des Jugendamtsetats sinkt um 1,8 Mio DM, da die Aufwendungen für die Stadt Hennef in 2000 vollständig entfallen. Erstmals veranschlagt ist die Eigenbeteiligung an den Unterhaltsvorschussleistungen, nachdem das Land bereits 1999 die Mitfinanzierung von 50 % auf 25 % reduziert hat. Dies belastet die Kommunen ohne eigenes Jugendamt mit mehr als 1 Mio DM. In diesem Bereich könnten weitere – nicht veranschlagte – Belastungen von 2 Mio DM entstehen, da die Bundesregierung im Zuge des „Sparpaketes“ plant, den Bundesanteil von 50 % wegfallen zu lassen. Ferner erfolgt die Veranschlagung der Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten aufgrund der noch nicht abzuschätzenden Auswirkungen der Änderungen der Fördervorschriften unter Vorbehalt.

Inwieweit unter diesen Umständen der mit 15,25 % vorgeschlagene Umlagesatz für die Jugendamtskosten im Verwaltungshaushalt Bestand haben kann, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Kommen wir noch kurz auf den Vermögenshaushalt: Auch im Jahre 2000 soll der Investitionshaushalt nach unseren Vorstellungen ohne Netto-Neuverschuldung auskommen. Unter Berücksichtigung der bereits erwähnten außerordentlichen Darlehenstilgung von 10 Mio DM verringert sich unser Schuldenstand auf rund 151 Mio DM zum Jahresende 2000. Seit 1982 mit einer Höchstverschuldung von 217 Mio DM hat sich ein beachtlicher Schuldenabbau vollzogen. Damit einhergehend konnte die Kapitaldienstquote von 25,3 Mio DM auf 15,3 Mio DM, also um glatte 10 Mio DM, zurückgeführt werden.

Übrigens ein Einsparbetrag, der 1,12 %-Punkten allgemeiner Kreisumlage entspricht. Das sind in meinen Augen vorzeigbare Konsolidierungserfolge!

Gleichwohl brauchen wir auf sinnvolle und erforderliche Investitionen nicht zu verzichten. Wir werden neben der Herrichtung der Außenstelle des Siegburger Berufskollegs in Eitorf am Berufskolleg in Bonn-Duisdorf eine Höhere Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe für Wirtschaft und Verwaltung einrichten. Die Erweiterung der Schule wird ca. 4,5 Mio DM kosten, uns aber einen weiteren wichtigen Baustein zur Qualifizierung unserer Jugendlichen bringen.

Im kommenden Jahr soll unser Parkhaus erweitert werden. Die Investition wird durch zusätzliche Parkentgelte refinanziert; belastet also weder unseren Haushalt noch den unserer Städte und Gemeinden.

Nach jahrelangen – von Kreistag und Verwaltung mit Weitblick und Beharrlichkeit verfolgten – Bemühungen sind wir endlich in der Situation, das Areal zwischen Kreishaus und Mühlenstraße unser Eigen zu nennen. Ich werde Ihnen in Kürze Vorschläge unterbreiten, wie wir das Gelände städtebaulich ansprechend und wirtschaftlich gestalten und kostenneutral nutzen können. Dort können wir auch den Platzbedarf des Zweckverbandes GKD sowie bestimmter Kreiseinrichtungen, die außerhalb des eigentlichen Verwaltungsgebäudes unterzubringen sind, erfüllen.

Ich werde den in den letzten 5 Jahren eingeschlagenen und erfolgreichen Prozess der Verwaltungsmodernisierung mit einer klaren Dienstleistungsorientierung kontinuierlich fortsetzen. Gegenstand des neuen Organisationskonzeptes Jugendamt 2000 wird die Einrichtung von 5 – 6 Jugendhilfezentren mit orts- und bürgernahen Aufgabenbereichen sein. Das im Zuge des neuen Gesetzes für den öffentlichen Gesundheitsdienst völlig neu strukturierte Gesundheitsamt erhält einen zentralen Empfang, mit dem die Arbeitsabläufe des Amtes bürgerfreundlicher beschleunigt und optimiert werden. Wir werden im Bereich der bisherigen Kreisbibliothek ein Bürgerservicebüro einrichten, das als erste Anlaufstelle hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger beraten und einfache Dienstleistungen erbringen soll. Auch diese Einrichtung dient der Optimierung, insbesondere der Entlastung der Verwaltungsabläufe.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit werde ich auch zukünftig im Bereich des Verkehrs setzen. Der öffentliche Personennahverkehr muss attraktiver werden, das heißt er muss pünktlich, schnell, zuverlässig, sauber und sicher sein. Das ist für unsere Fahrgäste wichtiger als ein überhöhtes Angebot, das am Bedarf vorbeigeht.

Wir werden gemeinsam mit unserer Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft und mit den übrigen im Kreis tätigen Verkehrsunternehmen ein Konzept für Schnellbuslinien entwickeln. Es darf einfach in der heutigen Zeit nicht mehr sein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger für eine Busfahrt von Siegburg nach Niederkassel oder nach Much eine Stunde benötigen. Die Zentren und Arbeitsplätze in den Städten und Gemeinden müssen besser angebunden und damit schneller erreichbar sein. Forciert werden muss auch der durchgängige zweigleisige Ausbau der Schienenstrecke bis Windeck - Au. Damit wäre die durchgängige S-Bahnverbindung Au – Köln perfekt.

Im Straßenbau werden wir ab dem nächsten Jahr verstärkt Mittel für die Substanzerhaltung unserer Kreisstraßen zur Verfügung stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich hoffe, ich habe Ihnen einen ersten groben Überblick über die Finanzlage des Kreises insgesamt und über den Haushalt 2000 im Speziellen geben können.

Einen besonderen Service bietet die Kämmerei des Landratsamts insbesondere den „neuen“ Kolleginnen und Kollegen unter Ihnen:

In einem „Wegweiser zum Haushaltsplan“ wird kurz und bündig beschrieben, was ein Haushaltsplan ist, wozu er dient, wie der sich gliedert, welche Rechtsgrundlagen beachtet

werden müssen und welchen Weg er vom Entwurf bis zur Kontrolle nimmt. Der Wegweiser wird Ihnen zusammen mit dem Haushaltsplan und dem Haushaltsbuch ausgehändigt.

Das „Haushaltsbuch“ verdient besondere Aufmerksamkeit. Bekanntermaßen erfolgt beim Rhein-Sieg-Kreis seit 1997 der Einstieg in den produktorientierten Haushalt im Rahmen der Umsetzung des „Neuen Steuerungsprozesses“. Dabei werden Kosten und Erlöse nicht mehr – wie im Haushalt üblich – den Organisationseinheiten zugewiesen, sondern den Produkten zugeordnet. Diese Zuordnung gibt auf einen Blick produktbezogenen Aufschluss über den tatsächlichen Verbrauch der Finanzressourcen. Ich würde mich freuen, wenn das Haushaltsbuch – neben dem Haushaltsplan – Eingang in die Beratungen in den Fraktionen und Fachausschüssen finden würde.

Ich darf Ihnen versichern, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich weiterhin alles in unseren Kräften Stehende tun werden, um die Entwicklung unseres Kreises, unserer Städte und Gemeinden, unserer Region und das Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger weiter zu fördern.

Deshalb gilt an dieser Stelle mein ganz besonderer Dank meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren täglichen unermüdlichen Einsatz.

Meine Damen und Herren, wir sollten nicht vergessen, dass nur mit Hilfe unserer qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das außerordentlich vielfältige und lebensnotwendige Dienstleistungsangebot erbracht werden kann. Geben Sie das notwendige Gehalt und Budget, und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen freudig die geforderte Dienstleistung. So einfach ist das.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen wie uns in den nächsten Wochen gute und fruchtbare Etatberatungen.